



WESERSPIEGEL

Mitteilungen der Deutschen kommunistischen Partei Minden

Ausgabe Dezember 2024

Neuwahlen. Wer zahlt für Krisen und Kriege?

Nun gibt es Neuwahlen im Februar. Die Ampel ist am Ende. Wer wird ihr schon nachtrauern.

Aus dem versprochenen Klimageld wurde nichts; die Bevölkerung darf die steigende CO2-Bepreisung mit höheren Energiekosten und Inflation bezahlen. Wer am wenigsten hat, leidet am meisten darunter. Auch die versprochene Kindergrundsicherung kam nicht. Angesichts steigender Kinderarmut wäre sie mehr als nötig gewesen.

Für die Ampel war anderes viel wichtiger. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine gab den Anlass, den bereits in der Schublade liegenden Beschluss für eine massive Aufrüstungswelle durchzudrücken. Doch die 100 Milliarden für die Bundeswehr sind so gut wie ausgegeben. Pistorius (SPD) darf kaufen was er will, bezahlt wird später. Die eigene Rüstungsindustrie wird massiv aufgepölpelt.

Krise als Hintergrund

Nach den USA ist Deutschland zum Hauptfinanzier und Hauptunterstützer des Ukrainekrieges geworden. Die Sprengung der Gaspipeline Nord Stream II wurde ohne Murren und von Grünen mit Zu-

stimmung hingenommen. Zusammen mit der Sanktionspolitik gegen Russland wurde Energie enorm verteuert. Die Industrie verlor ihren Zugang zu billiger Energie. Aber das Geld für einen sozialökologischen Umbau fehlt. Die Kaufkraft im

chen Krake. Die Mittel für zivile Infrastruktur, für Gesundheit, Bildung, für Klimapolitik werden verschlungen.

Rüstungskonzerne wie Rheinmetall vermelden Superprofite. Für die Masse der Bevölkerung bedeutet Militarisierung die

unablässige Senkung des Lebensstandards, das weitere Verrotten der zivilen Infrastruktur und die systematische Einengung demokratischer Rechte. Ganz davon abgesehen, dass damit auch die Bedrohung für den Frieden wächst.

Das Lindner-Papier

Das Papier von Lindner (FDP) fand sofort den Beifall von Merz, dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU. Die Kriegs- und Krisenkosten soll alleine die Bevölkerung aufbringen. Konzerne und Reiche sollen erneut entlastet, Klimapolitik gestrichen werden. Soziale Maßnahmen soll es keine mehr geben. Unter dem Etikett „Entbürokratisierung“ sollen die Unternehmen von Steuern und sozialen Verpflichtungen

Fortsetzung auf Seite 2



Quelle: Arno Neuber / IMI, <https://www.imi-online.de/>

Land schwindet. Der Exportweltmeister schwächelt. Investitionen gehen zurück, die Industrie gerät technologisch ins Hintertreffen. Es brennt nicht nur bei VW. Arbeitsplatzvernichtung und Insolvenzen nehmen zu. Auch in unserer Region. Das ist der Hintergrund der Krise der Ampel.

Die unersättliche Krake

Die Militarisierung wird zur unersättli-



Foto: Eigenes Foto

Nein zu Krieg und Hochrüstung! Ja zu Frieden!

In drei Sternmärschen ging es durch Berlin für den Frieden und gegen weitere Aufrüstung. Die Demonstranten versammelten sich im Anschluss auf einer großen Schlusskundgebung am Großen Stern.

Dort sprachen u.a. Gesine Löttsch (Partei die Linke), Ralf Stegner (SPD), Peter Gauweiler (CSU) und Sahra Wagenknecht. Auf einer der Auftaktveranstaltungen sprach Andrea Horning, Vorsitzende der SDAJ, für das Jugendbündnis „Nein zur Wehrpflicht!“. „Wir sagen: Wehrpflicht – ohne uns. Wir wollen stattdessen lernen, kritisch zu denken und uns für den Frieden einsetzen! Wir wollen über unser Leben selbst verfügen!“ ★

Etwa 40.000 Friedensbewegte demonstrierten am 3.10.2024

Fortsetzung von Seite 1

entbunden werden. Der Sozialstaat soll noch „schlanker“ werden, dabei ist er schon bis auf das Skelett abgemagert worden. Bürgergeld-Empfänger und Migranten werden ins Fadenkreuz genommen – gemeint sind wir alle.

Von Merz kam sofort Zustimmung. Das Konzept entspricht den Wünschen der Unternehmerverbände BDI und BDA.

Streit oder einig über den Ausweg?

Differenzen gibt es in der Frage, ob zur Bewältigung der Kriegs- und Krisenfolgen sofort weiterer heftiger Sozialraubbau angesagt ist oder lieber auch neue Schulden aufgenommen werden sollen. Dann würden uns die Rechnungen eben später präsentiert, wenn die Schulden beglichen werden müssen.

Einigkeit besteht bei CDU/CSU, SPD, FDP, Grüne und AfD im Kurs auf Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit. Geradezu

ein Überbietungswettbewerb ist zu beobachten. Pistorius fordert schon 3,5 Prozent des Bruttoinlandprodukts in die Rüstung zu stecken, das wären aktuell über 140 Milliarden Euro. Andere rufen nach erneuten Sonderschulden. Der Chef des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, forderte eine Aufstockung auf 250 bis 300 Milliarden Euro.

Krieg billiger als Schulden?

Bei manchen fragt man sich, ob sie noch ganz bei Trost sind, dem Größenwahn oder der völligen Verantwortungslosigkeit verfallen sind. Lindner forderte die Lieferung von weit nach Russland hineinreichenden Marschflugkörpern Taurus an die Ukraine. Das sei billiger als neue Schulden. Merz verkündet, Putin ein 24-Stunden-Ultimatum zu stellen und bei Nichterfüllung Taurus zu liefern.

Sie wissen, dass Russland erklärt hat, diese Lieferung als Kriegseintritt zu bewerten und entsprechend zu beantworten.

Friedensfähig!

Es steht zu befürchten, dass die Neuwahlen eine Verschärfung des Kriegs- und Aufrüstungskurses bringen. Und damit verknüpft eine Art Wirtschaftswende zu noch radikalerem Sozialkahl-schlag bringen werden.

Solange an der „Kriegstüchtigkeit“ festgehalten wird, gibt es kein Entrinnen. Ein Euro kann nur einmal ausgegeben werden. Eine andere Politik ist nur von unten durchsetzbar.

Die Gewerkschaften sind dringend gefragt, ihre Stillhaltepolitik zur Aufrüstung aufzugeben.

Wer Frieden, Abrüstung, Klimarettung und den Erhalt sozialer und demokratischer Rechte will, muss sich zu Wort melden. Der muss sich am besten zu Friedensbündnissen zusammenschließen.

Die Frage von Frieden und Abrüstung ist zur vordringlichen Frage geworden!



Bauvorhaben: Manche Wünsche werden wahr

Auch in Minden wächst der Bedarf an Wohnberechtigungsscheinen. Doch die Anzahl an Sozialwohnungen sinkt bundesweit. Rund 15 Millionen Menschen mit einem gesetzlichen Anspruch auf eine Sozialwohnung stehen nur noch etwas mehr als eine Million dieser Unterkünfte gegenüber.

Die Ampel wollte 400.000 Wohneinheiten bauen, davon ein viertel öffentlich gefördert. Doch 2023 waren es nicht einmal 300.000, davon weniger als ein Drittel klassische Mietwohnungen. Weniger als ein Zehntel waren bezahlbare Sozialwohnungen. Also so gut wie nichts.

Doch nun hat die Bundesregierung auf

Initiative von Pistorius ein ehrgeiziges Bauprogramm verkündet. 60 Milliarden sollen in den kommenden Jahren dafür fließen. Und schnell gehen soll es auch; lästige Hürden für den Bau sollen beseitigt werden.

Wofür? Für Bauvorhaben der Bundeswehr. Neue Unterkünfte für Soldaten werden für die künftigen Wehrpflichtigen gebraucht, neue Waffensysteme erfordern neue Spezialgebäude.



Quelle: Arno Neuber / IMI

Die Aufrüstung begräbt den sozialen Wohnungsbau. Wuchermieten und Obdachlosigkeit als Preis für neue Waffen.



Superreiche größte Klimasünder

Klimapolitik ist notwendig. Die Überschwemmungen im Ahrtal und jüngst in Spanien sind nur Teil der weltweit sich häufenden Extremwetter, von Dürren und Überschwemmungen.

Bei uns soll der Klimaschutz erreicht werden, indem der Ausstoß von CO2 einen Preis erhält, der stetig anwachsen soll. Ernährung, Kleidung, Heizung, Mobilität usw. werden damit ständig teuer. Ohne einen Ausgleich in Form eines Klimageldes ist das ausgesprochen unsozial. Die Ärmsten leiden am meisten darunter.

Eine Studie von Oxfam offenbart, wer die

größten Klimasünder sind: Es sind die Superreichen dieser Welt mit ihrem Luxuskonsum, ihren Privat-Jets, Superjachten und ihren Investitionen, also ihrem Eigentum.

Die Luxusjachten der 50 reichsten Milliardäre stoßen so viel Kohlenstoff aus, wie es eine durchschnittliche Person in unglaublichen 860 Jahren tun würde.

Fast die Hälfte der Investitionen von Milliardären, die in der Oxfam-Studie untersucht wurden, entfallen auf stark verschmutzende Branchen wie Öl, Bergbau, Schifffahrt und Zement.

Die Schlussfolgerung daraus lautet: Eine massive Besteuerung der Superreichen und die Begrenzung ihrer maßlosen Verschwendung ist ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz! Damit könnten die notwendigen Klimaanpassungen finanziert werden.

Politische und wirtschaftliche Veränderungen sind erforderlich, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen.

Wir meinen: Damit die Durchsetzung einer ökologischen Wirtschaftsweise sozial gerecht erfolgt, bedarf es einer gesamtgesellschaftlichen demokratischen Planung.



Warum ist Minden klamm?

Es wiederholt sich jedes Jahr. Stellt der Kreis den Haushaltentwurf vor, kommt es zum Streit mit den Städten und Gemeinden. Denn der Kreis hat kaum eigene Einnahmen und muss seine Mittel von ihnen abzwacken. In diesem Jahr kommt das Defizit der Mühlenkreiskliniken hinzu.

Ein altes Problem

Sowohl der Kreis als auch die Städte und Gemeinden sind chronisch unterfinanziert. Das ist ein uraltes Problem der Kommunalfinanzen. Ihnen werden vom Bund immer wieder neue Aufgaben zugewiesen, aber ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich. Damit wird systematisch ein ständiger Druck in Richtung Privatisierung von Aufgaben und der Einschränkung öffentlicher Dienstleistungen ausgeübt.

Ein Ausweg kann nur in einer demokratischen Finanzreform liegen.

Seit Jahrzehnten ist die Steuerpolitik von CDU, CSU, FDP, SPD und GRÜNE, nun auch unterstützt von der AfD, eine systematische Reichtumsförderung. Die Gewinne der Unternehmen und die Vermögen ihrer Eigentümer wuchsen. Die Besitz-, Kapital- und Gewinnsteuern wurden gesenkt.

Und ein neues

Oft heißt es, der Krieg in der Ukraine sei schuld. Doch der Krieg an sich ist es nicht. Es ist der Handelskrieg, wie er von der EU und Deutschland mit einer unendlichen Kette von Sanktionen gegen Russland geführt wird. Er bereitet Russland zwar Probleme, verfehlt aber völlig seine vorgegebenen Ziele. Stattdessen verteuert er Energie, führt zu einer allge-

Bei gleichen Steuersätzen wie in der „Kohl-Ära“ wären die Steuereinnahmen jedes Jahr um 100 Milliarden Euro höher. Die Kassenlage der Städte und Gemeinden wäre besser. Die Bekämpfung der grassierenden Armut wäre möglich.

meinen Teuerung und zu einer anhaltenden wirtschaftlichen Krise. In der Folge steigen einerseits die Ausgaben der Stadt. Und andererseits schrumpfen die Einnahmen durch weniger Gewerbesteuern.

Lösungen

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Millionäre wäre ein wichtiger Schritt. Die Verhinderung weiterer Aufrüstung und der Übergang zur Abrüstung ist entscheidend, damit Kommunalpolitik nicht dazu verkommt, nur noch die „Freiheit“ zu haben, darüber zu entscheiden, wo als nächstes das Licht ausgemacht werden muss. ★

Rolle rückwärts statt Verkehrswende

Der ÖPNV in Minden wird seit Jahren kritisiert. Verspätete und ausgefallene Busse, verpasste Anschlüsse, überfüllte Schulbusse, fehlende Anzeigetafeln und ein unzureichendes Angebot.

Der Bedarf an einem besseren ÖPNV auch auf dem Land ist unbestritten. Dafür sorgen schon alleine die alternde Bevölkerung und mehr Menschen ohne Auto. Auch aus Gründen des Klimaschutzes ist eine Verkehrswende hin zu einem guten und möglichst kostenfreien ÖPNV notwendig.

Der Bedarf nach Verbesserung und Ausbau ist also unübersehbar. Ideen für eine Verbesserung wurden auf Kreisebene bereits im April vorgestellt. Doch statt einer Verkehrswende kommt nun die Rolle rückwärts.



Foto: Eigenes Foto

zahlen. So lautete die Forderung von Transdev und den anderen beteiligten Busunternehmen, sonst müssten Busse ausfallen. Da natürlich keine Kalkulation offengelegt werden muss, kann man das auch als Erpressung werten.

Als Konsequenz wird nun der ÖPNV in

von Unternehmen, die nur bestimmte Linien bedienen und deren Busse technisch unzureichend ausgestattet sind, so dass der Wunsch nach Anzeigetafeln an den Haltestellen schon aus diesem Grunde nicht zu realisieren ist.

Und alle wollen verdienen: Die Transdev und die von ihnen wiederum beauftragten privaten Busunternehmen. Und wenn deren Gewinne in Gefahr geraten, dann muss die Kommune einspringen. Transparente Kostengestaltung ist damit unmöglich.

Den Beruf des Busfahrers hat das Verfahren nicht attraktiver gemacht. Die Zersplitterung der Unternehmen sorgt oft für lange Pausen zwischen den Einsätzen statt verlässlicher Schichten.

Der Zuschussbedarf steigt und die Kommunen sind klamm. Nehmen wir das Deutschlandticket: Es führt zu niedrigeren Einnahmen bei den Verkehrsbetrieben und der vom Land übernommene Ausgleichsbetrag ist unzureichend. Also sollen die Kommunen das Defizit ausgleichen. Für Minden bedeutet das, 270.000 Euro für 2023 und 2024 nachzu-

Minden auf den Prüfstand gestellt. Nun geht es rückwärts. Welche Linien können wegfallen, wo können noch weniger Busse fahren?

Seit Jahren gilt das Prinzip, mit europäischen Ausschreibungen den billigsten Bewerber für den Betrieb der Linien zu suchen. Das Ergebnis? Ein Wirrwarr

Immerhin verlangt die Stadt Minden die Einhaltung der Tarifverträge. Es war die AfD, die sich im Oktober im Stadtrat ausdrücklich gegen derartige Vertragsbedingungen aussprach. Womit sie wieder einmal beweist, dass die Interessen von Beschäftigten ihnen völlig egal sind. ★

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen
und für eine friedliche Welt:
Jetzt unterschreiben!

Bild: Konstanin Eulenburg



<https://nie-wieder-krieg.org/>

**DIE NIE WIEDER KRIEG
WAFFEN
NIEDER**

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real. An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland!

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen. Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.

Hier kann unterschrieben werden:

<https://nie-wieder-krieg.org/>



Quelle: Arno Neuber / IMI,
<https://www.imi-online.de/2023/02/22/cartoons-gegen-krieg-und-aufrestung/>

Abschussrampe Deutschland

Am Rande der NATO-Jubiläumskonferenz im Juli 2024 in Washington gaben Kanzler Scholz und Präsident Biden bekannt, dass wieder Mittelstrecken-Raketen auf deutschem Boden aufgestellt werden. Ab 2026 soll damit begonnen werden.

Diese Meldung wurde eher beiläufig gemacht, als sei das eigentlich unwichtig.

Doch dieses Vorhaben ist eine Ungeheuerlichkeit. Sie macht unser Land zur Abschussrampe von US-Raketen, über deren Einsatz ganz allein in Washington entschieden wird.

Es sind drei verschiedene Typen:

- Cruise missiles vom Typ „Tomahawk“ mit einer Reichweite von etwa 2.500 – also bis tief nach Russland hinein.
- SM 6-Flugabwehr-Raketen mit einer Reichweite von 370 KM und 3,5-facher Schallgeschwindigkeit
- plus neue Hyperschall-Raketen. Sie können nicht abgefangen werden.

Die Marschflugkörper können atomare Sprengköpfe tragen.

Atomkrieg führbar?

Die geplanten Mittelstreckenraketen stellen für Russland eine tödliche Bedrohung dar: aufgrund der geringen Vorwarnzeit und der Zielgenauigkeit dieser Systeme.

Kurze Vorwarnzeiten würden einen Atomkrieg aus Versehen wahrscheinlicher machen. Sie können aber auch einen Atomkrieg wieder führbar machen. An solchen Szenarien arbeitet das NATO-Zentrum in Kalkar. Die Raketen sind Angriffswaffen. Sie ermöglichen einen atomaren Überraschungsangriff.

Die USA haben fast alle Verträge zur Rüstungskontrolle gekündigt. Dazu zählt auch das INF-Abkommen (Intermediate-Range Nuclear Forces). Darin verpflichteten sich die beiden atomaren Supermächte USA und Sowjetunion, auf Entwicklung, Besitz und die Stationierung landgestützter Atomraketen (damals Pershing II und cruise missiles „Tomahawk“) mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern zu verzichten. Damit verringerte sich die Gefahr eines Atomkrieges in Europa.

Nun werden die US-Raketen diesmal in Europa allein in Deutschland stationiert.

Kein Land der Welt ist so intensiv und massiv mit US-Soldaten und -Militäreinrichtungen bestückt wie Deutschland.

Wann immer es in Europa zu kriegerischen Auseinandersetzungen kommen sollte, wäre Deutschland im Fokus.

Auf Deutschland fällt die erste Bombe!

Unser Land würde zum atomaren Schlachtfeld. Die USA aber würden von Mittelstrecken-Raketen nicht erreicht.

Wir sind um des Überlebens willens auf Frieden und Abrüstung angewiesen. ★

DKP Minden
dkp-minden.de

Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
G. von der Ahe, Brahmweg 11, 32427 Minden